

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Neuer Schwung von unten für den internationalen Klimaprozess

Von Marcus Kaplan & Pieter Pauw,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 11. 11. 2013

Neuer Schwung von unten für den internationalen Klimaprozess

Bonn, 11.11.2013. Die Veröffentlichung des ersten Teils des neuen IPCC-Berichtes hat noch einmal vor Augen geführt, wie stark Menschen und Ökosysteme unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden werden. Die Botschaft scheint angekommen zu sein: nach der Veröffentlichung kommentierten u. a. US-Außenminister Kerry sowie EU-Klimakommissarin Hedegaard, dass nun wirklich gehandelt werden muss. Leider ist nicht zu erwarten, dass sich dieser Tatendrang auch bei den internationalen Verhandlern wiederfinden wird. Diese kommen ab heute in Warschau zur 19. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zusammen, um den Weg für ein globales Abkommen zu ebnen, das bis 2015 in trockene Tücher gebracht und 2020 in Kraft treten soll. Auch für die Zeit zwischen 2015 und 2020 sind noch viele Fragen zu klären. Die Skepsis bezüglich der zu erwartenden Ergebnisse in Warschau beruht auf dem mangelnden Fortschritt, der seit einigen Jahren im Konventionsprozess zu beobachten ist, und der nicht mit der Dringlichkeit übereinstimmt, mit der von IPCC und anderen Institutionen immer wieder auf die Gefahren des Klimawandels hingewiesen wird. Es muss daher nach anderen Wegen gesucht werden, um dem internationalen Prozess neue Impulse zu verleihen.

Schwächelnder Multilateralismus

Der internationale Klimaprozess krankt hauptsächlich daran, dass die einzelnen Staatengruppen mit dem Finger auf Andere zeigen und fordern, dass diese sich gefälligst bewegen und Verpflichtungen zur Reduzierung ihrer Emissionen übernehmen sollen. Die Entwicklungsländer erinnern die Industrieländer an ihre historische Verantwortung, während diese auf die steigenden Emissionen in vielen aufstrebenden Entwicklungsländern verweisen. Beide Argumentationen sind nachvollziehbar: laut *Germanwatch* sind die Emissionsverpflichtungen aller Industrieländer nicht ausreichend, um die globale Erwärmung auf die angestrebten 2 °C zu begrenzen. Andererseits sind ihre Emissionen seit 1990 zumindest nicht mehr gestiegen, während die Emissionen der Entwicklungs- und Schwellenländer zwischen 1990 und 2008 um 223 % zugenommen haben. Die Komplexität der Herausforderungen sowie die Vielzahl der unterschiedlichen

Interessen stellt den multilateralen Weg über die UNFCCC als den alleinigen Lösungsansatz in Frage.

„Folgt uns“ anstatt „nach Ihnen“

Die notwendigen neuen Impulse kommen zunehmend von unten; nämlich von Unternehmen, Städten und Staaten, die Aktivitäten für mehr Klimaschutz entwickeln. So gründeten z.B. etliche Megastädte im Jahr 2005 das globale Netzwerk C40, mit dem Ziel, Emissionen zu reduzieren und Anpassungsmaßnahmen zu fördern. Eines der mittlerweile 63 Mitglieder ist Rotterdam. Während die holländische Regierung ihre Anstrengungen im Klimaschutz verringert hat, hat sich Rotterdam zum Ziel gesetzt, seine Emissionen bis 2015 im Vergleich zu 1990 um 50 % zu reduzieren.

Auch immer mehr Unternehmen werden im Klimaschutz aktiv. So plant *Unilever*, seine Emissionen im gesamten Produktionszyklus bis 2020 zu halbieren. *Walmart* will seine Energie zu 100 % aus erneuerbaren Quellen beziehen. Beide Unternehmen setzen sich somit ambitioniertere Ziele als die Staaten bei den Klimaverhandlungen.

Bemerkenswert ist auch die Initiative von neun der ärmsten Länder der Welt (Äthiopien, Bangladesch, Bhutan, Gambia, Kambodscha, Laos, Mozambik, Nepal und Ruanda) zur Entwicklung von Strategien für eine kohlenstoffarme Entwicklung. Diese Länder haben bisher quasi nichts zum Klimawandel beigetragen, leiden aber besonders unter seinen Auswirkungen. Für sie gilt es, Armut zu bekämpfen und wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, während die Minderung von Emissionen für sie von absolut untergeordneter Bedeutung ist. Ihre Strategien zielen grundsätzlich darauf ab, die Aspekte Armutsbekämpfung und Entwicklung, sowie die Reduzierung von Emissionen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels unter einen Hut zu bringen. Sie sind in Zusammenhang zu sehen mit einem neu aufkeimenden Selbstverständnis der Entwicklungsländer, auch ein Teil der Lösung und nicht mehr nur Teil des Problems zu sein. Der Vorsitzende der Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer, Prakash Mathema, sagte im März 2013, dass die Gruppe weg müsse von einem „nach Ihnen“, hin zu einem „folgt uns“, bei dem sie anderen Ländern Wege

aufzeigt, wie man die vielschichtigen Herausforderungen gleichberechtigt angehen kann.

Auch die UNFCCC hat begonnen, die Verbindung zwischen den internationalen Verhandlungen und individuellen Aktivitäten zu stärken: ihre Initiative „*Momentum for Change*“ zielt darauf ab, solchen Aktivitäten eine größere Sichtbarkeit zu verschaffen, um alle Akteure zu informieren und zu motivieren, ihre Anstrengungen im Klimaschutz zu verstärken.

Top-down- und bottom-up-Ansätze müssen Hand-in-Hand gehen

Hat also der Multilateralismus versagt? Das sicher nicht, aber es hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, dass sich die Lösung des Klimaproblems als komplexer darstellt als ursprünglich angenommen und eine fundamentale Umstellung unseres Denkens und unserer Wirtschaftsweise erfordert. Die Welt braucht einen umfassenden und verpflichtenden Ansatz, um das globale Problem des Klimawandels anzugehen. Aber mittlerweile wissen wir auch: um den Prozess zu beschleunigen und existierende Blockaden zu umgehen, müssen kleinteilige Ansätze auf allen Ebenen verfolgt und durch gezielte Anreize unterstützt werden. Hierdurch können die Akteure voneinander lernen, und gleichzeitig kann das gegenseitige Vertrauen wieder gestärkt werden, dass man an gemeinsamen Lösungen interessiert ist, was sich auch posi-

tiv auf die multilateralen Verhandlungen auswirken dürfte.

Warschau kann als eine „Übergangskonferenz“ einen wichtigen Meilenstein für die Einbindung der nationalen und lokalen Aktivitäten darstellen. Hierbei verdienen die Anstrengungen der ärmsten Länder besondere Aufmerksamkeit sowie finanzielle und institutionelle Unterstützung zur Umsetzung ihrer Strategien, da diese oftmals bisher nur auf dem Papier existieren. Es würde auch zur weiteren Annäherung der beiden Staatengruppen beitragen, wenn die Industrieländer im Rahmen der Klimafinanzierung ebendiese Unterstützung zusagten. Die Einbindung in den internationalen Prozess sollte auch darüber erfolgen, dass die Initiativen der ärmsten Länder für eine kohlenstoffarme Entwicklung mit ihren Minderungs- (NAMAs) und Anpassungsstrategien (NAPs) aus der UNFCCC verknüpft und somit Doppelungen vermieden werden.

Wenn die Anstrengungen der Pionierländer positiv anlaufen, bleibt zu hoffen, dass weitere Staaten auf diesem Weg folgen. Im Endeffekt können die ärmsten Länder somit nicht nur ihre Ökonomien und Gesellschaften zukunftsfähig ausrichten, sondern zusätzlich trotz ihrer geringen Emissionen den Verhandlungen um ein neues internationales Abkommen entscheidende Impulse geben.



Dr. Marcus Kaplan
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)



Pieter Pauw
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)